

Tromm wird nicht mehr geprüft

SPD: Rimbacher Fraktion lässt sich über GeoLaB und Atommüll-Endlagersuche informieren.

Rimbach. Vergangene Woche sorgten Medienberichte für Unruhe und Irritationen in der Region, weil darin über die Möglichkeit eines Atommüll-Endlagers im Vorderen Odenwald informiert wurde. Dabei kam vielfach die Befürchtung auf, dass das geplante Versuchslabor von GeoLaB auf der Tromm doch für ein Endlager genutzt werden könnte. War man da bisher getäuscht worden? Auch bei etlichen Rimbacher SPD-Gemeindevertretern überwogen zunächst Ärger und Frust – nach dem Motto: „Wenn man auf die Aussagen, die gemacht wurden, vertraut und diese nach außen hin verteidigt, nur um dann zu sehen, dass die Realität scheinbar eine andere ist, dann ist das letztlich ein persönlicher Gesichtsverlust“, heißt es in einer Pressemitteilung des Ortsvereins.

Nun seien Frust, Ärger oder sogar Zorn immer schlechte Ratgeber. Deshalb hat die SPD-Fraktion beschlossen, kurzfristig eine Online-Sitzung einzuberufen, um dieses Thema möglichst konstruktiv zu diskutieren. Aus diesem Grund lud der Fraktionsvorsitzende Rolf Ihrig zusätzlich zwei kompetente Ansprechpartnerinnen ein: Dr. Judith Bremer, Diplom-Geoökologin bei GeoLaB, und Carla Schönfelder vom team ewen, die das Projekt kommunikativ begleitet.

Nachdem die Fraktionsmitglieder noch einmal ihre Stimmungslage skizziert hatten, lieferten Bremer und Schönfelder wesentliche Fakten und Erkenntnisse, die zu einer Versachlichung der Diskussion und mehr Klarheit beitragen. Daraus ergab sich folgendes aktuelle Bild für die Rimbacher Sozialdemokraten: Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat am 3. November die neuen Arbeitsstände zur Endlager-



Die Ergebnisse der GeoLaB-Untersuchungen wurden laut Experten bei der Endlagersuche gar nicht berücksichtigt.

ARCHIVBILD: FRITZ KOPETZKY

suche veröffentlicht. Im GeoLaB-Erkundungsgebiet haben sich demnach Änderungen ergeben. In der aktualisierten Bewertung wurde der Trommrücken der Kategorie C zugeordnet – und damit als Gebiet mit keiner oder geringer Eignung für eine sichere Endlagerung eingestuft. „Das heißt, dieses Gebiet durchläuft keine weiteren Prüfschritte der BGE“, erklärt die SPD in ihrer Pressemitteilung.

Der Auszug aus dem Endlagersuche-Navigator der BGE zeige: Das Erkundungsgebiet von GeoLaB liegt fast vollständig in Bereichen, die bei der Endlagersuche nicht weiter betrachtet werden. Auf der Karte erkenne man das gut, wenn man den GeoLaB-Bohrplatz, von dem aus die Erkundungsbohrungen durchgeführt wurden, und den Bereich der GeoLaB-Erkundungen in die Karte einzeichnet. Beide würden fast ausschließlich in Bereichen liegen, die als ungeeignet eingestuft werden.

Außerdem sei betont worden: GeoLaB und die Endlagersuche seien zwei komplett unabhängige Prozesse. Die Endlagersuche für die si-

chere Lagerung von Atommüll für eine Million Jahre laufe bundesweit nach strengen, einheitlichen Kriterien ab. Bisher seien die Gebiete von der BGE nur rein geologisch, ohne weitere planerische oder wirtschaftliche Aspekte betrachtet worden.

GeoLaB unterscheide nur einen kleinen Bereich der Tromm, und zwar mit dem Ziel, ein Forschungslabor für tiefe Geothermie aufzubauen. Die dabei gewonnenen Daten würden ausschließlich für diesen erkundeten Bereich des Tromm-Gesteins gelten. Sie seien aufgrund der unterschiedlichen Zeitpläne der Prozesse nicht von der BGE berücksichtigt worden. Fakt sei: Die während der GeoLaB-Erkundung gewonnenen Daten würden sich auf Bereiche beziehen, die von der BGE schon als ungeeignet bewertet würden. Und ganz wichtig: Eine Umwandlung des geplanten Geothermie-Forschungslabors in ein Endlager sei nach wie vor gesetzlich ausgeschlossen. Zudem spreche nun ein weiterer Punkt gegen die vielfach befürchtete Umwandlung von GeoLaB in ein Endlager: Die BGE habe den Trommrücken als für die Endlagerung nicht geeignet eingestuft.

Die SPD-Fraktion bedankte sich nach diesen Ausführungen ausdrücklich bei den beiden Expertinnen und regte an, die Informationen in geeigneter Form der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Außerdem soll Bürgermeister Holger Schmitt gebeten werden, bei der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung die Situation noch einmal ausführlich darzustellen. Sollten interessierte oder auch besorgte Bürger Informationsbedarf haben, stehen die SPD-Fraktionsmitglieder gerne zur Verfügung, heißt es abschließend in der Pressemitteilung.